

Warum Wirtschaft kein System ist

von Alexander Dill

Darf man Wirtschaft mit dem Straßenverkehr vergleichen? Wenn ja, fällt der Vergleich vernichtend aus, denn in der Wirtschaft kann man sich nicht auf Verkehrsregeln verlassen.

Wenn etwas nach beschreibbaren und deshalb bekannten Regeln und Prinzipien funktioniert, nennt man das ein *System*.

Der Straßenverkehr wird durch die Straßenverkehrsordnung, kurz StVO geregelt. Wenn aber ein Fahrer den anderen Fahrer mit dem Messer angreift, ist dies Angelegenheit des Strafrechtes. Ein System funktioniert also auch dadurch, dass es nicht alles selbst regelt.

Einen *Unfall* nennt man es, wenn zwei Verkehrsteilnehmer trotz Verkehrsordnung zusammenprallen, was als Regelfall eigentlich in einem guten System nicht passieren sollte. Der Unfall bleibt deshalb eine unerwünschte, oft tragische Ausnahme. Einer der beiden Betroffenen, oft auch beide, müssen fahrlässig oder vorsätzlich gegen die zumindest durch den Führerschein bekannte Verkehrsordnung verstoßen haben. War ihr Abstand zu gering, ihre Geschwindigkeit zu hoch? Waren sie durch tragische Ereignisse, Drogen oder Handy abgelenkt und unaufmerksam und vergaßen deshalb die StVO? Auf jeden Fall kann man den Straßenverkehr zu Recht als System bezeichnen, denn durch Kenntnis der Regeln kann man sich in ihm prinzipiell unfallfrei bewegen – es sei denn, ein anderer Verkehrsteilnehmer beruft sich auf die gerade erwähnten Ausnahmen von der Regel. Man muß dem System Straßenverkehr eine große Lernfähigkeit und Perfektionsliebe zugestehen, denn während 1970 noch 20.000 Menschen jährlich im Straßenverkehr starben, waren es 2006 trotz versechsfachtem Verkehr nur noch 5094.

Warum diese Einführung?

Viele Menschen, auch Politiker und Journalisten glauben, dass auch die Wirtschaft ein System ist. Sie sprechen gerne von einer Wirtschaftsordnung, aber da täuschen sie sich: Weder in der Bibliothek, noch im Internet, noch in unserer Verfassung, noch in den Satzungen der Weltkonzerne werden wir eine solche finden. Das muß nicht zwangsläufig bedeuten, dass die Wirtschaft keinen Regeln folgt. Es bedeutet nur, daß wir die Regeln der Wirtschaft nicht lernen können, wir uns also nicht auf die Begegnung mit Wirtschaft vorbereiten können. Das ist erstaunlich, denn sicher wäre es für uns ebenso sinnvoll, Verhaltensregeln für die Wirtschaft zu kennen, wie für den Straßenverkehr. Fußgänger, Haustiere und Radfahrer brauchen auch keinen Führerschein. Sie finden durch schmerzhaft Erfahrung schnell die wenigen, überlebenswichtigen Regeln der StVO heraus: Rot, Grün, Stop, Achtung, Vorfahrt, Zebrastreifen. Sie müssen nicht wie die Inhaber eines Führerscheines für Personenkraftwagen wissen, wie lang der Bremsweg eines PKW mit einem Wohnwagen mit 750kg Gewicht bei 70 km/h ist. Trotzdem gelingt es ihnen, diesen eher trägen Geschossen meist erfolgreich auszuweichen.

Die Teilnehmer an der Wirtschaft haben einen wesentlichen Nachteil gegenüber anderen Systemspielern in Verkehr, Lotterie oder Fußball: Sie müssen in einem System mitspielen – falls es denn ein solches gibt – dessen Regeln sie nicht kennen. Jeder Spielzug ist deshalb auch ein Experiment: Wird das gekaufte Produkt auch seine Funktion erfüllen? Werde ich diese Belohnung erhalten? Wird dieser Vertrag Bestand haben?

Ein Verkehrsteilnehmer kann sich bei einem Unfall an die Polizei wenden. Ein Käufer nicht. Allenfalls der zumindest in Europa sehr seltene Raubüberfall wird vom Staat als Einschreitungsgrund angesehen. Der weitaus größte Teil der Verletzungen von Regeln im Wirtschaftsleben wird als zivilrechtliche Angelegenheit angesehen, Das heißt: Das Opfer einer solchen Verletzung darf nicht auf staatlichen Schutz hoffen. Es muß ab einem Streitwert von 5000 Euro

auf eigene Kosten einen Anwalt beauftragen und ein Gericht gegen eine Vorschußgebühr beauftragen. Das Prozesskostenrisiko ist dabei fast genauso hoch, wie der Streitwert. Ausgenommen von diesen hohen Hürden sind nur Ansprüche aus Lohn und Beschwerden wegen Sozialleistungen, für deren Behandlung Arbeits- und Sozialgerichte ohne Kosten für den Kläger tätig werden.

Aber was heißt schon Opfer, wenn es keine Gesetze, also auch keine Übertretung, also keinen Täter und kein Delikt gibt? Dieser Auffassung sind auch die meisten Zivilrichter. Sie nehmen zivile Klagen nicht sonderlich ernst, fragen erst einmal, „Können sie sich nicht anders einigen?“, um sich die aufwendige Untersuchung des Sachverhaltes zu sparen. Wo kein öffentliches, durch den Staat vertretenes Interesse mehr an der Aufdeckung von Wahrheit besteht, setzt sich der Handel, ein Grundmechanismus von Wirtschaft auch im Gerichtssaal durch. Längst haben Millionen von Bürgern es aufgegeben, ihr Recht in der Wirtschaft zu suchen. Zu teuer, zu lang ist der Weg durch die Instanzen, zu groß die Gleichgültigkeit der Richter. Diese ist nicht böswillig. Als ausgebildete Volljuristen mit zweitem Staatsexamen sind sie gewöhnt, sich an Dokumente zu halten, die einen Sachverhalt unmissverständlich beweisen, das Corpus delicti. Als Rechtspositivismus wird diese Haltung bezeichnet. Für die Täterfraktion in der Wirtschaft bietet der Rechtspositivismus ein optimales Biotop. So braucht sie nur als rechtliches Subjekt unidentifizierbar sein, etwa über viele Tochtergesellschaften, deren Bezeichnung sich nur um wenige Buchstaben oder eine andere Anschrift unterscheidet. Ein Insolvenzverwalter kann eine Klage gegen sich bereits dann abweisen, wenn sie gegen ihn als Rechtsanwalt gerichtet ist, aber nicht in seiner Eigenschaft als Insolvenzverwalter. „Fehlende Passivlegitimation“ heißt das im Juristendeutsch. Der Klagende kennt diese Tricks nicht. Über Disclaimer und die Anerkennung der Allgemeinen Geschäftsbedingungen können Unternehmen ein Klagerecht faktisch ausschließen – und damit jedes Recht auf Anfechtung des Vertrages.

Banken lassen sich in Kreditverträgen Ansprüche aus Lohn und Gehalt abtreten, ohne darauf hinzuweisen, dass sie für eine Lohnpfändung einen gerichtlichen Pfändungs- und Überweisungsbeschuß benötigen. Sie schreiben, die Pfändung würde bereits erfolgen, wenn der Schuldner mit zwei Raten in Verzug ist – völliger Unsinn, denn selbstverständlich muß die Bank erst einen gerichtlichen Mahnbescheid erwirken, gegen den im Übrigen der Schuldner Widerspruch einlegen kann, etwa, wenn er angekündigt hat, Teilzahlungen zu leisten.

Das Spiel mit Adressen und Identitäten, mit dem Kleingedruckten und mündlichen, nie schriftlich gegebenen Zusagen steht im Zentrum dessen, was man den wirtschaftlichen Vorteil nennt. Dieser besteht im Wesentlichen darin, rechtlich unanfechtbar über Güter und Titel verfügen zu können. In vielen Fällen kann dies aufgrund einer erbrachten Gegenleistung zu Recht geschehen. Dann spricht man von einer Rechnung. Was aber, wenn die Gegenleistung nicht erbracht werden kann oder zur Kostensenkung nicht erbracht werden soll? Dann wird der Empfänger der Rechnung protestieren. Je erfolgloser er dabei ist, weil kein Rechtssystem ihn dabei unterstützt, desto größer wird der Gewinn des Rechnungsstellers sein. „Ihr Geld ist nicht weg. Es hat nur ein anderer“, sagen Zyniker gerne, wenn jemand sein Erspartes verloren hat, um seinen Anteil geprellt wurde oder sein Honorar nicht erhält.

Wie kann es dazu kommen? Im deutschen Grundgesetz gibt es den Satz „Das Eigentum ist unantastbar“. Wenn es gelingt, Erwartungen, Ansprüche und Hoffnungen auf eigenen Wohlstand in verbrieftes Eigentum zu überführen, ist dieses durch den Staat hervorragend geschützt. Nur leider: In keiner niedergelegten Wirtschaftsordnung steht, was Eigentum ist. Viele glauben nur, Eigentum zu besitzen, etwa Anwarter auf Renten, Zinsen, Pensionen, Mieten und Renditen, also auf Zukunftsversprechen, deren Erfüllung ausschließlich vom Verhalten anderer Menschen abhängt. Das Geld, das sie verliehen, die Wohnung die sie vermietet, die Aktie die sie erworben haben sind doch ihr Eigentum? Richtig, aber der Gewinn, den sie aus diesem Eigentum ziehen, ist

nicht selbst Eigentum – und damit nicht unantastbar. Er kann zum Beispiel sinken oder besteuert werden.

In einigen lateinamerikanischen und afrikanischen Ländern glauben Politiker, durch Enteignung mehr Gerechtigkeit zu schaffen. Aber was, wenn das enteignete Eigentum keinen Gewinn mehr bringt, sondern im Gegenteil Verlust? Dann hat sich die Enteignung nicht gelohnt.

Warum nun sind die Gewinne aus sicher verbrieftem Eigentum so ungewiss, dass sie in keine Ordnung aufgenommen werden können? Wer bei Grün über ein Ampel fährt, kann sich in 99,999% darauf verlassen, dass ihm keiner entgegenkommt. Die StVO wird derart weit reichend und umfassend befolgt, dass sie fast den Rang eines Naturgesetzes hat. Nie würde ein Bürger auf die Idee kommen, das Prinzip Ampel oder Kreisverkehr, Vorfahrt oder Einbahnstraße auch nur zu hinterfragen. Warum diese große Akzeptanz?

In Jahrzehnten haben alle Verkehrsteilnehmer sich davon überzeugen können, dass dieses System ihnen nur Vorteile bringt. Wir sagen dann: Das System hat sich durchgesetzt.

Die Wirtschaft, falls sie, was wie gesagt fraglich ist, ein System ist, hat sich im Bewußtsein ihrer Teilnehmer nicht durchgesetzt. Weder hat sie eine niedergelegte Wirtschaftsordnung, heute gerne Wirtschaftsethik genannt, hervorbringen können, die das Miteinander der Teilnehmer regelt, noch hat sie ein Gefühl der Sicherheit und Geborgenheit erzeugen können, sich auf vorhersehbare Regeln verlassen zu können. Der Unternehmer schimpft über die Räuber des Finanzamtes, der Käufer über den Supermarkt, der Mieter über den Vermieter – und umgekehrt.

Wirtschaft ist ein Hort des Meckerns und der Unzufriedenheit. Das ist überraschend, denn eigentlich sollte ja Wirtschaft nur der Erfüllung von materiellen Grundbedürfnissen dienen, nicht der spirituellen Erbauung oder dem seelischen Wohlbefinden. Aber Marxisten und Marktkapitalisten haben die Idee propagiert, das Sein bestimme das Bewusstsein, nicht umgekehrt. Damit jedoch

ist der Kampf um den eigenen wirtschaftlichen Vorteil in den Mittelpunkt der Wirtschaft gerückt – und dieser ureigene Vorteil wird nie durch die Befolgung einer Regel, sondern durch deren Übertretung und Außerkraftsetzung erreicht. Die Abwesenheit von Regeln erleichtert aber den Erfolg von Einzelnen, wenn sie sich auf die Unwissenheit der Mehrheit verlassen können. Dennoch garantiert sie ihn nicht. Groß ist die Empörung, wenn einzelne Marktteilnehmer ihren Vorteil übertreiben. Die Meute versucht, ihnen die Beute zu entreißen. An Stelle von wohlverdienter Ruhe müssen sie nun ständig Medien, Anlegern und Richtern Rede und Antwort stehen.

Wenn nun Wirtschaft tatsächlich in erster Linie Unzufriedenheit, Unsicherheit und Unruhe schafft, dann ähnelt sie darin nicht den gut funktionierenden Systemen wie dem Straßen- oder Flugverkehr, der Lotterie oder den Ballspielen, sondern mehr der Familie. Auch die Familie hat keine niedergelegten Regeln und keine Ordnung. Dennoch ist sie die Keimzelle menschlichen Lebens. Sie brütet Wesen aus, die nie wissen werden, wie sie sich wann zu verhalten haben. Sie werden aber ihr Verhalten als richtig und gut einstufen, wenn die Familie noch besteht, und sie werden sich gegenseitig die schrecklichsten Vorwürfe machen, wenn sie zerbricht. Wohlgemerkt: ein System zerbricht, das keine festgelegte Ordnung und keine Regeln hat, denn die sehr vage interpretierbare, von allen geteilte Einsicht, die Familie *muß zusammenhalten*, stellt eben keine Regel oder Ordnung dar, sondern einen freiwilligen Appell.

Man könnte, mit Blick auf den Erfolg des Straßenverkehrs ganz marktwirtschaftlich feststellen: Ein System wird ausschließlich an seinen Resultaten gemessen. Die Chinesen und Kubaner fühlen sich mehrheitlich sehr wohl in ihrem System. Das sagt aber nicht aus, dass „das System“ in irgendeiner form ideal ist, sondern nur, dass es offenbar sehr gut funktioniert. Systeme stehen deshalb, zum Ärger einst der Kommunisten, heute der Globalisierungspropheten, nicht in einem Wettbewerb miteinander. Stattdessen

wird jedes System an seiner Akzeptanz gemessen, nicht daran, ob es theoretisch besser ist, als andere Systeme.

Dies hat für die Wirtschaft, falls sie denn Formen eines Systems haben sollte, ungeheuerere Auswirkungen. Wenn nämlich die gesamte Annahme, in einer globalisierten Weltwirtschaft konkurrierenden Systeme mit unterschiedlichen Regeln und Besonderheiten miteinander schon deshalb falsch ist, weil jedes System – siehe das weltweit akzeptierte System des Straßen- und Luftverkehrs – nur an seinem eigenen Erfolg gemessen wird, dann ist jeder Systemwettbewerb oder Systemtransfer sinnlos.

Systeme lernen nicht voneinander, sondern sie lernen durch sich selbst, das heißt: durch ihr Funktionieren und Scheitern. Wer also ganz darwinistisch glaubt, in einem Wettbewerb der Wirtschaftssysteme würden die Besseren und Stärkeren als Sieger hervorgehen, müsste dann wohl auch anerkennen, dass es den Kubanern besser geht, als den benachbarten Haitianern, den Chinesen besser als den Indern. Er müsste sich fragen, wie sich die völlig rohstoff- und armeelosen Dänen und Holländer mit ihrer hohen Staatsquote hartnäckig in der Spitzengruppe der erfolgreichsten Volkswirtschaften behaupten können.

Sowohl die Familie wie die Wirtschaft gelingen oft, ohne dass sie dafür eine Regel benötigt hätten. Ein gewisses Maß an Chaos gilt bei beiden als Ausdruck von Lebendigkeit und Kreativität. Ein Putz- und Einkaufsplan zerstört in der Regel die Harmonie in der Familie, anstatt sie zu erhalten, weil er Sanktionen zur Übertretung hervorbringt. Die Versicherung der Eltern, sie würden doch ihr Kind lieben, nützt nichts, wenn das Kind sich nicht geliebt fühlt.

In der Wirtschaft fühlen sich nicht einmal die Erfolgreichen geliebt. Der Versuch, mit Ethikcodices, etwa Corporate Governance die Wirtschaft in Richtung Straßenverkehr zu führen, wirkt allzu aufgesetzt. Solange persönlicher wirtschaftlicher Vorteil als einziges Ziel wirtschaftlichen Handelns vertreten wird, in den Wirtschaftswissenschaften durch den bereits seit 1776 von Adam Smith propagierten egoistischen Imperativ, wonach wir nur dann zur

Kooperation mit anderen motiviert sind, wenn wir unseren Vorteil daraus ziehen, steht die Ausnahme, nicht die Regel im Vordergrund.

Es wird immer Wirtschaften geben, die mit diesem Prinzip erfolgreich sein. Es wird aber auch immer Wirtschaften geben, die die Gemeinschaft in den Vordergrund stellen.

Hybridwirtschaften wie die Schweiz und Norwegen vereinen die Vorteile sozialistischer und marktwirtschaftlicher Sichtweisen. In der Schweiz muß jeder Steuerzahler ohne Beitragsbemessungsgrenze und ohne den Erwerb höherer Ansprüche in die gesetzliche Sozialversicherung 8% seines Bruttoeinkommens einzahlen. In Deutschland sind Selbständige, Beamte und Bezieher von Vermögenseinkommen ganz von der Sozialversicherung befreit.

Die in Norwegen, der nach allen Statistiken erfolgreichsten kapitalistischen Volkswirtschaft der Welt, mitregierende sozialistische Linkspartei sagt auf ihrer Webseite: „Privatisierung von Staatseigentum widerspricht dem Gedanken demokratischer Kontrolle.“

Es sind oft nur wenige Regeln, die eine Wirtschaft erfolgreich machen – und auch das nur solange, wie der Effekt eintritt.

In Norwegen und der Schweiz ähnelt die Wirtschaft dem Straßenverkehr: Jeder weiß, was er bekommt und was nicht. Er muß nicht in einen ständigen Handel eintreten, um seinen Anteil zu bewahren oder zu erhalten. Er muß nicht ständig um in der Sprache des Straßenverkehrs zu bleiben, anhalten, um zu gucken, ob ihm nicht ein anderer Verkehrsteilnehmer die Vorfahrt nimmt. Dadurch kommt er schneller zum Ziel. Die Energie, die wir als Teilnehmer der Wirtschaft allein dafür benötigen, unseren persönlichen Vorteil zu wahren, mindert eben diesen.

Ein Paradox: Wir verbringen zuviel Zeit mit Businessplänen, Vertragsentwürfen, Buchhaltung, Klagen und Mahnungen. Ärzte haben keine Zeit mehr für Patienten, Unternehmen kein Ohr mehr für Kunden. Sie sind mit der Sicherung ihrer Ansprüche bereits stark ausgelastet. Bürokratie ist ein Ausdruck von Regellosigkeit, also von Unordnung. Ich muß nur festlegen, was

offensichtlich von selbst nicht funktioniert. Diese Erkenntnis hatte bereits der chinesische Staatsphilosoph Lao-Tse im 5. Jahrhundert vor Christi hatte: „Ist die Regierung scharfäugig, so ist das Volk arglistig.“

In der Schweiz oder in Norwegen vertrauen sich Staat und Bürger.

Wenn wirtschaftlicher Erfolg tatsächlich durch die Befolgung von guten Regeln entstehen würde, dann gäbe es wohl keinen Teilnehmer am Wirtschaftsleben, der diese Regeln nicht wie die Straßenverkehrsordnung praktizieren würde.

Ein geregeltes System kennt kaum Verlierer. Der Unfall bleibt die Ausnahme von der Regel. Im Dschungel des „Wildwest-Kapitalismus“ aber, wie der Professor der kalifornischen Universität Berkeley, Theodore Roszak ihn nennt, gibt es nur eine Regel: „Es gibt keine Regel.“

So sympathisch diese Unübersichtlichkeit in kreativen Einzelfällen sein mag – sie zwingt jeden Teilnehmer des Wirtschaftslebens dazu, ständig auf den großen Lottogewinn zu hoffen: die große Abfindung, den sicheren Job, die große Pension, das sichere Schnäppchen. Da aber alle Beteiligten das gleiche Ziel verfolgen, muß die Hoffnung statistisch ständig enttäuscht werden. Anstatt im Paradies der erfüllten Wünsche landen wir im System Wirtschaft im Gefängnis der ständigen Enttäuschung.

Wenn Wirtschaft tatsächlich ein System ist, was wir hier ja mit vielen Argumenten bezweifelt haben, dann ist sie ein System, das nur manchmal funktioniert. Wenn also die Ampel der Wirtschaft auf Grün, auf Wachstum steht, kann man nicht einfach über die Kreuzung fahren. Steht sie auf Rot, kann man Generationen auf Grün warten und Debatten darüber führen, wann und ob die Ampel umschaltet. Aber einen kalkulierbaren Ampelrhythmus gibt es in der Wirtschaft nicht. Sie bleibt, wie die Gesundheit, eines der hartnäckig verbleibenden Lebensrisiken. „Wirtschaft“, so könnte auf der Packungsbeilage stehen, „gefährdet ihren Geldbeutel. Zu Risiken und Nebenwirkungen fragen sie bitte Wirtschaftstheoretiker oder ihren Anwalt.“